

An die Eltern
der Kindertagesstätten
der Freien und Hansestadt Hamburg

www.attac.de/hamburg

Hamburg, im September 2010

Kita-Gebührenerhöhung zum neuen Schuljahr: Nicht „die Wirtschaftskrise“ ist schuld, sondern eine falsche Politik!



Liebe Eltern,

zum neuen Schuljahr hat der Senat die Eigenbeteiligung für die Kinderbetreuung in den Kitas erhöht. Zur Begründung heißt es:

vor dem Hintergrund der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und den damit verbundenen massiven Einnahmeverlusten für den Hamburger Haushalt, hat der Senat im November 2009 beschlossen, die Eltern sozial abgestuft stärker an den Kosten der Kinderbetreuung zu beteiligen.

Leider sagt der Senat die Unwahrheit. Richtig wäre:

Weil

- der Hamburger Haushalt wegen der überflüssigen Rettung der Landesbank massiv verschuldet wurde,
 - die Politik nicht bereit ist, die notwendigen Reformen der Finanzmärkte durchzuführen, und
 - sie auch nicht bereit ist, die Profiteure der deregulierten Finanzmärkte zur Finanzierung dieser Rettung heranzuziehen,
- hat der Senat beschlossen, seine Rettungsmaßnahme auf Kosten der Zukunft der Kinder zu finanzieren.

Die Rettung der Landesbank: sinnlos und teuer

Landesbanken dienten früher der Unterstützung der Sparkassen. Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein ist die HSH-Nordbank. Durch eine Entscheidung der Europäischen Union verloren die Landesbanken ihre Geschäftsgrundlage. Statt sie aufzulösen, machte die HSH vor der Wirtschaftskrise Finanzgeschäfte mit fragwürdigen Anlagen, die durch die Deregulierung der Finanzmärkte ermöglicht worden waren. Bei Eintritt der Krise hatte die HSH daher große Zahlungsverpflichtungen, denen sie nicht mehr nachkommen konnte. Sie war pleite.

Normalerweise schickt man ein Pleite-Unternehmen in die Insolvenz. Damit können Zahlungsverpflichtungen verringert werden. Die Politik entschied sich stattdessen, die Haftung für sie zu übernehmen. Hamburg hat bisher 2,5 Milliarden Euro in die HSH eingezahlt und Garantien für weitere 5 Milliarden übernommen. Der Haushalt beträgt aber lediglich 11 Milliarden Euro.

Das ist ein wesentlicher Grund, warum die Stadt in Finanznot geraten ist. Der Senat lenkt von seiner unverantwortlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik ab, wenn er pauschal auf „die Wirtschaftskrise“ verweist.

Reform der deregulierten Finanzmärkte gescheitert, Profiteure aus dem Schneider

Wie inzwischen allgemein bekannt ist, liegen die Ursachen für die Wirtschaftskrise zunächst in der Deregulierung der Finanzmärkte. Diese ist in den vergangenen Jahrzehnten von der Politik beschlossen und gefördert worden. Mittlerweile wissen alle Verantwortlichen, welche Maßnahmen unmittelbar ergriffen werden müssten, um eine Wiederholung einer solchen Krise zu vermeiden. Passiert ist praktisch nichts. Der sogenannte Rettungsfonds ist reine Kosmetik.

Auch bekannt ist: Die tiefere Ursache für die Krise ist die immer weiter auseinanderklaffende Lücke zwischen Arm und Reich, zwischen Lohneinkommen und Kapitaleinkommen. Letztere wurden begünstigt, der Sozialabbau, der mit der Kita-Gebührenerhöhung fortgeführt wird, hat Lohneinkommen immer mehr belastet. Gleichzeitig geht es den Reichen, also denen, die wirklich von der Politik der letzten Jahrzehnte profitiert haben, wieder so gut wie vor Beginn der Krise.

Was kann für eine Politik getan werden, die wieder am Gemeinwohl orientiert ist?

Am Donnerstag, den **14. Oktober** machen wir zu diesen Themen eine Veranstaltung zusammen mit dem Alternativen Wohlfahrtsverband (SOAL) und allen Interessierten: Ab 19.30 Uhr in der SOAL-Galerie, Große Bergstraße 154, Hamburg-Altona.

Am Mittwoch, den **29. September** macht Attac Hamburg am europaweiten Protesttag gegen Sozialabbau um 15 Uhr eine Aktion vor der HSH-Nordbank. Am Donnerstag, den **30. September** beteiligt sich Attac an der Menschenkette „Gerecht geht anders“ zwischen Elbphilharmonie und Finanzbehörde (17 Uhr, Auf der Reesendammbrücke). Im Oktober sind viele weitere Aktivitäten geplant.

Attac Hamburg hat eine Arbeitsgruppe, die sich mit den **Finanzmärkten** beschäftigt, und außerdem im Juli 2010 die **AG Sozialpolitik** gegründet.

Man kann Abgeordneten, Senatoren und Parteien Briefe schreiben, sie auf ihren Veranstaltungen besuchen, in ihren Büros oder wenn sie in der Bürgerschaft tagen und sie daran erinnern, dass sie sich dem Wohle der Allgemeinheit und nicht dem Wohlstand einiger weniger verpflichtet haben. Letztlich bedeutet Demokratie aber auch, dass Bürger keinen Vormund brauchen um ihre Angelegenheiten zu regeln.

Es gibt sicherlich noch vieles, was getan werden kann, auf das die Aktiven bei Attac allein nicht kommen. Je mehr Menschen sich engagieren, desto größer der Einfallsreichtum. Es kommt darauf an, die Passivität zu überwinden und anzufangen politisch für die Zukunft unseres Gemeinwesens zu handeln, für die Zukunft unserer Kinder.

Liebe Grüße!
Attac Hamburg

P.S. Eine ausführlichere Darstellung der Zusammenhänge findet sich in unserem Aushang zum gleichen Thema. Dieser Text, weitere Materialien zum Thema und alle Termine sind auf den Webseiten von Attac Hamburg zu finden.

